Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 36. Dienstag den 5. Februar 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der am 1. Februar dieses Jahres fällige erste Termin der Staatsgrundsteuer ist nach dem Gesetze vom 9. September 1843, in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung, nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuereinheit

zu entrichten.

Außerdem kommt an demselben Tage in **Alt-Leipzig** die **städtische** Grundsteuer mit

Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerthes,

in **Leipzig-Reudnitz** die Gemeindegrundsteuer mit

3 Pfennigen von jeder Staatsgrundsteuereinheit

zur Erhebung, während in **Leipzig-Anger-Crottendorf** zu diesem Zeitpuncte Gemeindeabgaben **nicht** abzuführen sind.

Die Steuerpflichtigen werden deshalb hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeträge **von genanntem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben**, in **Alt-Leipzig** an unsere Stadt-Steuereinnahme, Stadthaus, Obermarkt Nr. 3, Erdgeschoß rechts, Zimmer Nr. 59, in **Leipzig-Reudnitz** an die dortige Steuer-Hebestelle, Rathhaus, Chausseestraße 35, Erdgeschoß rechts, abzuführen.

Nach Ablauf dieser Frist hat das gesetzliche Beitreibungsverfahren gegen die Säumigen einzutreten.

Leipzig, den 28. Januar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **Drei Geldtäschchen, schwarzleder, mit Nickelverschluß, ein Damen-Portemonnaie** von ebenf. gepreßtem Leder mit Nickelbügel, **ein Taschenmesser** mit schwarzer Hornschale und Federmesser, **eine Haarbürste** mit weißen Borsten und **ein kleines Einlämmchen**, am 25. d. M.;

2) **ein Paar Schaftstiefeln**, ziemlich neu, eisbledern, mit Doppelsohlen, Stiftabsätzen und grün- und weißgestreiften Gurtstiefeln, am 26. d. M.;

3) **ein Winterüberzieher** von dunkelblauem, glattem Stoff mit Sammetkragen, einer Reihe Knöpfe, braunem, carrirtem Futter und Lederhenkel, **ein Filzhut**, braun, steif, mit dunkelrothem Futter, darin die Firma „Trunkel", vom 27. zum 28. d. M.;

4) **eine silberne Cylinderuhr**, ziemlich neu, mit gerieften Rändern und Schildchen, vom 26. d. M.;

5) **ein Winterüberzieher** von dunkelgrauem, glattem Stoff mit schwarzem Sammetkragen, grauem, buntcarrirtem Futter, einer Reihe Schnurknöpfe und verdeckter Batterie und gelbem Knochenhenkel, **ein Paar plüschene Buckskin-Handschuhe**, am 27. d. M. Abends;

6) **7 m schwarzer Kleiderstoff, ein Paar roth- und blaugestreifte Barchent-Hosen** und **eine blaue Leinewandschürze**, am 31. d. M.;

7) **2 weißleinene gestreifte Bettüberzüge und 2 ebensolche Kopfkissenüberzüge**, innerhalb der letzten vier Wochen;

8) **eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand** und der Fabriknummer 15809, im Tischl „Otto Hellermann" eingraviert, **mit anhängender Haarkette** mit Goldbeschläge, am 1. d. M.;

9) **1 Packet „V. 70" gez.**, enthaltend **2 Couverts mit weißem Pendentuch**, am 25. d. M.;

10) **3 weißleinene Bettücher, „B. Z." oder „B. F." gez., 2 Damast-Tischtücher „B. Z.", „B. F." oder „A. Z." gez.** und **ein weißleinener Ueberzug „B. Z." oder „B. F." gez.**, vom 30. bis 31. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 4. Februar 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Dr. D.

Gefunden

oder als herrenlos abgegeben, resp. angemeldet wurden vom 1. bis 31. Januar 1889 folgende, zum Theil auch von früheren Diebstählen herrührende Gegenstände:

einige Taschenuhren, mehrere Armbänder, Broschen und Ringe, 2 einzelne Manschettenknöpfe, eine französische Denkmünze, eine Herren-Photographie, ein Medaillon mit dem Stempel „Gust. Bernhardt, Greiz i/V.", einige Fächer, eine Kissen-Stickerei, ein Cartenetui mit Polamentenbesatz, ein Paar Glacehandschuh, 2 Kragen und 2 Paar Manschetten, eine Meerschaum-Cigarrenspitze, ein Packet Musterkarten, ein Cigarren-Etui mit 2 Pfundscheinen, ein Haushälfchen mit einem Portemonnaie, ein Visitenkartenetuischen, 4 Familienkalender, eine Brieftasche, ein Klemmer, eine Lorgnette, 2 Notizbücher, 2 Federmäppchen, ein Gummiball, 4 Taschen- und 2 Küchenmesser, ein Packet Borde, einige Taschentücher, eine Schürze, eine Kopfhülle, ein Halstuch, mehrere Taillentücher, einige Pelzkragen, eine Boa, 3 Oberhemden, 2 Gerstenten, ein Stoff-Jackett, ein alter Winterüberzieher, ein dunkelbraunes Jackett, Hose, Weste und Mütze, ein Dreschenkutscher-Mantel, ein Handkorb mit einem Frauenmantel und einem Paar Schlittschuh, ein leerer Handkorb, 2 Wechselrahmen, ein Papierkasten mit einer Küchen-Waage, sowie Seifen- und Parfümerie-Waaren rc., ein einzelner Schlittschuh, eine Hundedecke, 2 Pferdedecken, 7 Stück Meßtuchgewichte, 3 Kohlenkörbe, eine Bockleiter, eine Axt, ein Zierstrauch-Wagenstheil) von Holz, ein geschwärztes Kutschleder, ein Handwagen-Rad, einige Schirme und Spazierstöcke, eine Anzahl Portemonnaies und eine grüne Börse mit Beträgen bis zu 14 ℳ 55 ₰, einzelne Geldbeträge von 1, 2, 20 und 130 ℳ, mehrere Leihhausscheine und Schlüssel, endlich ein vierräderiger Handwagen.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach § 289 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im IV. Quartale 1887 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, deren Eigenthümer nicht zu ermitteln gewesen sind, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, am 1. Februar 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. W.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Montag, den 11. Februar 1889, Abends 6 Uhr im Saal der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung:

1) Receptrunde.
2) Nochmalige Wahl der Delegirten zum Kreisvereinsausschuß und deren Stellvertreter.
3) Bericht der freien Commission über Prostitutionswesen.

NB. Die Wahlliste wird um 7 Uhr geschlossen.

Dr. Feubert.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen Bedingungen.**

Leipzig, den 14. Januar 1889.

Die Sparcassen-Deputation.

Holzauction.

Mittwoch, den 6. Februar c., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage, dicht an der Leibnitzbrücke im Rosenthale

80 Rmtr. **Eichen-Nutzscheite,**
110 „ Eichen-
10 „ Buchen-
10 „ Ahorn-
20 „ Rüstern-
und 1 „ Eschen- } **Brennscheite**

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen **und gegen sofortige** Bezahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Leibnitzbrücke.

Leipzig, am 25. Januar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Ausschreibung.

Die **Reinigung** und **Dichtung** der zum Erweiterungsbau der Leipziger Stadtwasserkunst in Plagwitz-Lindenau nöthigen **Rohrstrecken** soll bei freier Wahl unter den Bewerbern verdungen werden.

An **gußeisernen Muffenröhren** und **Formguß** sind zu verlegen:

1400 Tonnen in einer Gesammtlänge von
30 800 m mit einem Durchmesser von 100 bis 450 mm.

Bauplane und Bedingnißhefte liegen im Baubureau zu Leipzig, Thomaskirchhof 18, zur Ansicht der Bewerber aus; Bedingnißhefte können durch den bauleitenden Ingenieur Herrn A. Thiem gegen Erlegung von 2 ℳ für das Doppelstück von dort bezogen werden.

Der Schluß der Angebotsannahme findet im Rathhause zu Leipzig am **20. Februar 1889, Vormittags 10 Uhr,** statt.

Leipzig, den 1. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rüling, Ref.

Ausschreibung.

Die Lieferung der zum Erweiterungsbau der Leipziger Stadtwasserkunst in Plagwitz-Lindenau nöthigen Schieber und Hydranten soll bei freier Wahl unter den Bewerbern verdungen werden. Es sind zu liefern:

109 Stück **Schieber** von 100 bis 450 mm Durchmesser,
260 „ **Unterflurhydranten,**
35 „ **Ueberflurhydranten.**

Zeichnungen und Bedingnißhefte liegen im Baubureau zu Leipzig, Thomaskirchhof 18, zur Ansicht der Bewerber aus, und können durch den bauleitenden Ingenieur, Herrn A. Thiem, gegen Erlegung von 2 ℳ für das Doppelstück mit ein Blatt Zeichnung von dort bezogen werden.

Der Schluß der Angebotsannahme findet im Rathhause zu Leipzig am 20. Februar 1889, Vormittags 10 Uhr, statt.

Leipzig, den 1. Februar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rüling, Ref.

Die Samoa-Frage.

Die Samoa-Frage ist von nordamerikanischer Seite auf das Eifrigste verdunkelt worden, so daß es vor allen Dingen nöthig erscheint, den Ursprung der Kämpfe auf den Samoa-Inseln festzustellen und die weitere Entwickelung der Sache alles unnützen Beiwerkes zu entkleiden. Die Entfernung des Königs Malietoa ist nöthig geworden, weil sich der Vertreter der nordamerikanischen Union seiner bediente, um Ränke zu schmieden und die öffentliche Meinung gegen die Deutschen aufzustacheln. Um Ordnung und Ruhe zu schaffen, wurde Tamasese von Deutschland als Gegenkönig und Nachfolger Malietoa's unterstützt, diese Bemühungen wurden aber dadurch wirkungslos gemacht, daß der Vertreter der Union im Bunde mit dem Capitain des Vereinigten Staaten-Kreuzers Adams, „Leary", und einem gewissen Klein Mataafa und seine Partei gegen Tamasese aufhetzte und unterstützte, so daß der deutsche Consul, als er den Versuch machte, Mataafa zur Niederlegung der Waffen zu veranlassen, auf hartnäckigen Widerstand stieß und das deutsche Landungscorps der „Olga" in einen Hinterhalt fiel, wobei es beträchtliche Verluste an Officieren und Mannschaften erlitt.

Man sollte glauben, daß die amerikanische Regierung Angesichts dieses Sachverhalts bemüht sein würde, Deutschland zu versöhnen und zu beruhigen, statt dessen dreht sie den Spieß um, nimmt die Miene des Beleidigten an und macht Deutschland für das Geschehene verantwortlich. Die Hauptsache, nämlich das Auftreten des Amerikaners Klein, wird so dargestellt, als ob dieser Mensch, von dem nicht einmal bekannt sei, daß er das amerikanische Bürgerrecht habe, auf eigene Verantwortung gehandelt habe, dagegen wird Sewell, der amerikanische Consul in Apia, nach Washington berufen, um über die Lage der Dinge persönliche Aufklärungen zu geben. Jetzt wiederholt sich dasselbe Spiel. Herr Sewell macht den deutschen Consul für die Mißhelligkeiten mit Nordamerika verantwortlich und beschuldigt Deutschland, daß es entgegen den Verträgen mit England geheime Abmachungen getroffen habe, denen zufolge Deutschland von den Samoainseln, England von den Tongainseln und von Hawai Besitz ergreifen solle. Als Deutschland diese Verdächtigungen als unwahr zurückweist, zeigt sich die Regierung in Washington endlich bestrebt, sich auf den Boden der Thatsachen zu stellen, und giebt die Absicht kund, sich mit Deutschland zu vergleichen. Trotzdem wird der Einspruch, welchen der Senator Sherman gegen die herausfordernden Reden seiner Collegen erhebt, nur sehr lau aufgenommen, dagegen die geforderten Summen zur Verstärkung des amerikanischen Geschwaders in der Südsee und zur Errichtung einer Kohlenstation im Hafen von Pago Pago auf Samoa bewilligt.

Als die Sachen auf diesem Puncte angelangt waren, trat leider eine Wendung ein, welche die Sachlage zu Gunsten der Regierung der Vereinigten Staaten verschob. Gegen Mataafa wurde der Kriegszustand von Seiten der deutschen Autoritäten erklärt und vom deutschen Geschwaderchef eine Bekanntmachung erlassen, welche die Ausländer auf Samoa dem Kriegsrecht unterwerfe. Ferner hatte der deutsche Consul an Mataafa die Forderung gestellt, ihm zeitweilig die Verwaltung von Samoa zu übergeben. Der Staatssecretair der Union Bayard erhob gegen die Verkündung des Standrechts, soweit sie sich auf amerikanische Bürger beziehe, Widerspruch und hatte die Genugthuung, daß Fürst Bismarck Befehl ertheilte, die Verkündung des Standrechts in Betreff der Ausländer zurückzuziehen und den deutschen Consul auf Samoa anwies, seine Forderung wegen zeitweiliger Uebertragung der Verwaltung von Samoa auf ihn, als den Vertrauten, welche die Neutralität und Unabhängigkeit Samoas verbürgen, widersprechend, fallen zu lassen. Aber auch damit wird die Regierung der Vereinigten Staaten schwerlich zufrieden sein, denn der Abgeordnete Morrow hat in der Repräsentantenkammer den Antrag gestellt, Cleveland zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Zustand wieder hergestellt werde, wie derselbe zur Zeit der im Jahre 1887 in Washington abgehaltenen Conferenz zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten war, und zwar solle dies geschehen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen oder mit Gewalt.

Offenbar liegen die Verhältnisse auf Samoa durch die Schuld der Regierung der Vereinigten Staaten außerordentlich schwierig, derselbe hat dort kein ehrliches Spiel getrieben, sondern unter der Voraussetzung, daß Deutschland von den Samoainseln Besitz ergreifen wolle, Ränken Vorschub geleistet, welche der Würde und dem Ansehen der Vereinigten Staaten schweren Eintrag thun. Wenn die deutsche Regierung jetzt der nordamerikanischen Regierung weiter entgegenkommt, als nach der Sachlage gerechtfertigt erscheint, so geschieht das nur mit Rücksicht auf England, mit welchem zusammengehen zu wollen, Fürst Bismarck im Reichstage mit klaren Worten sich verpflichtet hat. Die Absicht, eine hinter den vertretbaren Rechten noch zurückbleibende Zurückhaltung zu üben, geht aus der Bemerkung hervor, daß die Ausdehnung des Standrechts auf die in Samoa lebenden Ausländer eine völkerrechtlich vielleicht zulässige Maßregel sei, und sie ist so verständlich ausgedrückt, daß sie der nordamerikanischen Regierung nicht entgangen sein kann. Daß der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands unter allen Umständen entschlossen ist, die Angelegenheit mit der Union auf friedlichem Wege zum Austrage zu bringen, ist offenkundig, es steht also jetzt bei der Regierung in Washington, den Grad von Mäßigung zu beweisen, den sie überhaupt niemals hätte außer Acht lassen sollen.

Die Veröffentlichungen des Schriftenwechsels zwischen der deutschen und der Vereinigten Staaten-Regierung durch die letztere erscheinen nicht geeignet, die wünschenswerthe Klarheit über die Sachlage zu verbreiten; in dieser Beziehung wird voraussichtlich das deutsche Weißbuch über Samoa, welches bereits angekündigt ist, berechtigten Ansprüchen besser genügen. Die Samoa-Inseln sind kein Streitgegenstand, um einen blutigen Krieg zwischen Deutschland und der Nordamerikanischen Union zu entzünden, und bisher ist auch noch kein Beispiel bekannt, daß die Union mit europäischen Mächten Händel anfangen will. Was beide Theile mit Samoa gewinnen können, lohnt keinen Krieg und auch die Aufregung, welche die Sache bisher erzeugt hat, entspricht nicht dem Werth derselben. Man hat auch noch nicht gehört, daß Nordamerika die Herrschaft zur See anstrebt, die Politik der Union ist vielmehr bis jetzt immer dahin gerichtet gewesen, Amerika den Amerikanern zu sichern, und demgemäß hat die Unionsregierung jeden Einmischungsversuch europäischer Mächte in amerikanische Angelegenheiten entschieden von der Hand gewiesen. Die letzte Kundgebung im Sinne dieser Politik galt dem Versuche der französischen Regierung, den Bau des Panamacanals unter ihren Schutz und ihre Controle zu stellen. So weise diese Politik ist, so wenig ist die Gereiztheit der Nordamerikaner in der Samoafrage zu verstehen. Die deutsche Seemacht ist freilich seit Neubegründung des deutschen Reiches zu einer Ausdehnung gelangt, welche den Wünschen der Nordamerikaner nicht entsprechen mag, aber deshalb eine deutschfeindliche Politik zur Richtschnur zu nehmen, ist gewiß nicht im Einklang mit den wahren Interessen der Union.

Die siamesischen Zwillinge.

* Es heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen, wenn man sich mit dem Nachweise beschäftigt, daß die sogen. deutschfreisinnige Partei, deren Gründung seiner Zeit von betheiligter Seite mit so vielem Hosianna-Geschrei begrüßt wurde, sich bereits dermaßen im Niederzange befindet, daß sie heute nur noch als ein in der Farbe etwas abgeblaßter Zwillingsbruder der Socialdemokratie existirt, von deren Gnade sie überhaupt einen ganz wesentlichen Theil ihrer wenigen Mandate in den gegenwärtigen Reichstag hinübergerettet hat. Da wir indessen binnen Jahresfrist Neuwahlen entgegen gehen, die dieses Mal auf den Zeitraum von 5 Jahren sich erstrecken, so ist es unter allen Umständen zweckmäßig, die Wähler darauf aufmerksam zu machen, weß Geistes Kinder die Deutschfreisinnigen geworden sind, und wie ihre Vertreter im Reichstage gar nicht mehr davor zurückscheuen, in der allerauffälligsten Weise um die Gunst der Socialdemokraten zu buhlen. „An ihren Thaten sollt ihr sie erkennen", und so kommen wir deshalb nochmals auf die Sitzung des Reichstages vom 10. Januar d. J. zurück, in welcher die Giltigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Dr. Götz im 13. sächsischen Wahlkreis zur Berathung stand.

Keine Niederlage in der denkwürdigen Wahlschlacht am 21. Februar 1887 hat die socialdemokratische Partei so schmerzlich getroffen und geradezu aus dem Häuschen gebracht, als diejenige, welche sie in dem Leipziger Landkreise erlitten. Hier brachten das Cartel und der auf das Höchste gesteigerte patriotische Unwillen der reichstreuen Wählerschaft es fertig, daß der socialdemokratische Candidat trotz seiner mehr als 19 000 Stimmen die Wahlstatt als Besiegter verlassen mußte. Die stärksten Anstrengungen waren von seiner Partei gemacht worden, sie verfügte über Agitationsmittel, wie sie der Gegenpartei nicht zur Verfügung standen, und dazu kam der bekannte Terrorismus, in dessen Banne die socialistischen Führer die „Arbeiterbataillone" halten, ein Terrorismus, in welchem eine viel schlimmere Wahlbeeinflussung enthalten ist, als sie auf andere Weise ausgeübt werden kann; aber es hatte das Alles nichts geholfen; am Abend des 21. Februar wehte die deutsche Reichsfahne siegreich über dem 13. Wahlkreis, und kleinlaut und zerknirscht mußten die Bekenner der Umsturzpartei sich sagen, daß sie auch ihr Hauptbollwerk verloren hatten.

Selbstverständlich war das nach den Behauptungen der Socialdemokratie nicht mit rechten Dingen zugegangen. Man suchte die in den Reihen dieser Partei eingetretene Muthlosigkeit und Bestürzung dadurch zu beseitigen, daß man den Parteigenossen weis machte, die Wahl des Dr. Götz sei nur durch grobe Wahlbeeinflussungen, Wahlfälschungen und andere „Schandthaten" der Cartelparteien zu Stande gekommen; man werde beim Reichstag gegen die Giltigkeit der Wahl des Dr. Götz protestiren, und bei dieser Gelegenheit werde all das Unrecht, welches man den Socialisten angethan, an den Tag kommen. Der Umstand, daß die Socialdemokratie vor ihrer eigenen Thür zu kehren und einen unermeßlichen Haufen von Schmutz hinwegzurkumen habe, verschwieg man natürlich absichtlich. Der angekündigte Protest lief denn auch beim Reichstag ein und es war darin eine große Anzahl von Beschwerdepuncten aufgestellt. Die Herren Socialdemokraten dachten wahrscheinlich, daß der Reichstag nichts Eiligeres zu thun haben werde, als sich Hals über Kopf in die Prüfung und Berathung dieses Wahlprotestes zu stürzen. Es war ihr heißer Wunsch, dem verhaßten „Cartelbruder" Götz und den Cartelparteien selbst eins zu versetzen. Die Sache kam aber insofern etwas anders, als erst in der gegenwärtigen Session die Wahlprüfungscommission dahin gelangt war, Bericht über die Wahl zu erstatten. Welchen Verlauf die Verhandlung über diesen Gegenstand im Plenum des Reichstages genommen hat, ist bekannt. Auf Grund der klaren Darlegung der Wahlprüfungscommission ist, abgesehen von einem früher vom vereinigten Wahlcomité der Cartelparteien eingereichten Gegenprotest, der ganze in dem socialdemokratischen Wahlproceß enthaltene Lug und Trug klar nachgewiesen worden, und die Beschwerdeführer sind mit ihrer naiven Forderung, die Wahl des Dr. Götz für ungiltig zu erklären oder zum Mindesten zu beanstanden, gründlich abgeblitzt. Dieses Resultat war im Voraus zu erwarten, aber es ist immerhin erfreulich, daß den socialdemokratischen Protestlern heimgeleuchtet ist.

Die Socialdemokraten pflegen im Reichstag nach ihrem eigenen Bekenntniß nur zum Fenster hinauszureden, und die Sache, um die es sich handelt, ist ihnen meistens ganz gleichgiltig, als sie mit ihrer parlamentarischen Thätigkeit nur nach außen agitatorisch zu wirken suchen. In der Anwendung dieses Princips ist ihnen die deutschfreisinnige Partei immer mehr gefolgt; auch ihre Vertreter stehen, wenn sie ihr agitatorisches Licht leuchten lassen, wenigstens mit einem Fuß außerhalb des Reichstags, und sie suchen es den socialistischen Rednern in der Einwirkung auf die Wähler der unteren Classen gleich zu thun. Der vorliegende amtliche stenographische Bericht über die Sitzung des Reichstages am 10. Januar zeigt deutlich, daß die Redner der deutschfreisinnigen Partei, die Abgeordneten Rickert und Traeger, in ihren Darlegungen, unerwiesenen Behauptungen und Angriffen gegen die sächsische Staatsregierung und die Cartelparteien sich in Nichts von den Abgeordneten Singer und Bebel unterscheiden. Wenn man den Bericht durchliest, so findet man eine wahrhaft rührende Uebereinstimmung der Anschauungen dieser vier Herren, eine innige Seelenverwandtschaft, wie sie nur zwischen treuen Freunden, welche sich brüderlich in die Arme sinken, stattfinden kann. Diese Gesinnungsverbrüderung bekundete sich schon dadurch, daß der Abgeordnete Rickert die Anträge des Abgeordneten Singer, für welche derselbe im Hause nicht die nöthige Unterstützung gefunden hatte, nachträglich mit in seinen eigenen Antrag aufnahm, wonach sie die erforderliche Unterstützung erhielten und nunmehr mit zur Verhandlung kommen konnten. Dem Abgeordneten Rickert ist in Folge dessen die Ehre zu Theil geworden, daß er in dem jetzt in London erscheinenden „Socialdemokrat" mit einer sehr guten Censur bedacht worden ist; es ist dies am Ende ganz selbstverständlich, denn „wie der Thau, so der Lohn". Es wäre dies am Ende nicht nöthig gewesen, denn die Vorgänge in der betreffenden Reichstagssitzung haben auch dem blödesten Auge gezeigt, daß der Verschmelzungsproceß zwischen der socialdemokratischen und der deutschfreisinnigen Partei reißende Fortschritte macht, so daß der wissenschaftliche Fachmann die Bezeichnung wohl als richtig anerkennen dürfte, welche wir diesen beiden im Reichstag, wie auch die Berathung über die ostafrikanische Vorlage wieder bewiesen hat, Schulter an Schulter wider des Reiches Ansehen kämpfenden Parteien am Eingange unseres Artikels gegeben haben.

Es wird die Stunde kommen, in welcher sich die Wähler dieses Verhältniß sehr wachsam vor die Augen zu halten haben. Es wird wieder der deutschfreisinnige Lockgesang behufs Eindemsung von Mandaten an die Ohren der Wähler ertönen, aber man wird darauf antworten, daß es ganz gleichgiltig ist, ob man einen Socialdemokraten oder einen deutschfreisinnigen Candidaten wählt. Reichstreue, fest zu ihrem Kaiser und König haltende Wähler werden niemals einen solchen Candidaten ihre Stimme geben können.

Leipzig, 5. Februar.

* Zu der Preisbewerbung um das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm schreibt man der „Vossischen Zeitung":

Die jetzt erfolgte Bekanntgabe der Bedingungen für die Bewerbung um das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. in Berlin wird nicht verfehlen, eine lebhafte Theilnahme in ganz Deutschland herbeizuführen, nachdem die Reichsregierung in anerkennenswerther Weise den laut gewordenen Befürchtungen entgegen getreten ist. Die Preise von 10 000 bezw. 2000 ℳ sind nicht gerade hoch, wenn man vergleichsweise an die Bewerbung um das Victor-Emanuel-Denkmal in Rom denken darf, indessen werden sie ausreichend sein, die Künstler für ihre ersten Anlagen und Bemühungen zu entschädigen und sie für eine so ehrenvolle Bewerbung zu gewinnen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man erwartet, daß an 300 Architekten und Bildhauer an diesem Wettbewerbe theilnehmen, zu welchem außer der Ehre auch die persönliche Gelegenheit des vertrauten Kahnens und die Begeisterung für die deutsche Einheitsidee mitwirkten. Die Theilung der Bewerbung in einen Ideenwettbewerb und ein Hauptconcurrenzen, ebenso die Wahl der Maßstäbe für Zeichnungen und Modelle entsprechen denjenigen, was seiner Zeit als Organ der Kunstwelt der Architektenverein forderte, und was in diesem Blatte stets auf das Lebhafteste befürwortet wurde. Auch die Frist bis zum 4. September ist vollkommen ausreichend bemessen. Unter den Mängeln vermißt man aber Bedauern des Schriftsatz, den Regierungsbaurath Hinkeldeyn im „Centralblatt der Bauverwaltung" empfiehlt, und ebenso den Platz der Hauptwache, für welchen Kraft von Wildenbruch weitgehende phantastische Vorschläge gemacht hatte. Ein erfreuliches Zugeständniß ist es, daß vor dem Brandenburger Thore auf der Strecke bis zur Sieges-Allee „entsprechende Gleichsetzungen der angrenzenden Terrainlagen" gestattet sind. Damit wird es vielleicht möglich sein, hier oder am Königsplatz ein